

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 1 / Januar 2010 · Ausgabe Rheinland-Pfalz / Saarland / Baden-Württemberg

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: kontakt@sovde.de

Gesundheitspolitik gegen den Willen der Versicherten

Solidarisches Versicherungssystem: Studie stützt SoVD-Forderungen

Seite 2

„Für eine solidarische Gesellschaft!“

Außerordentliche 18. Bundesverbandstagung

Seite 3



„Gesundheit und Recht“ – die Serie der SoVD-Zeitung

Teil I: Ihre Rechte in der Arztpraxis

Seite 7

Staffelstab an Präsident Adolf Bauer übergeben - „Ehre und Verantwortung“

SoVD: Vorsitz im Deutschen Behindertenrat

Etwa zehn Prozent der Menschen leben mit einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung. In Deutschland haben sich alle wichtigen Organisationen behinderter und chronisch kranker Menschen zu einem Aktionsbündnis im Deutschen Behindertenrat (DBR) zusammengeschlossen, um die Interessen von mehr als 2,5 Millionen Betroffenen zu vertreten. Am 3. Dezember, dem von den Vereinten Nationen ausgerufenen Welttag der Menschen mit Behinderung, hat der Sozialverband Deutschland (SoVD) erneut den Vorsitz im DBR übernommen. Auf der Festveranstaltung in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund in Berlin überreichte Hannelore Loskill von der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe (BAG Selbsthilfe) symbolisch den Staffelstab an SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Der SoVD setzt sich seit vielen Jahrzehnten auf allen politischen Entscheidungsebenen für die Teilhabe behinderter Menschen ein. Bei der feierlichen Übergabe unterstrich SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer kurzen Rede die große Ehre, aber auch die Verantwortung, die mit der Sekretariatsübernahme verbunden sei. Er benannte zudem klar die Handlungsfelder, die er als vorrangig betrachtet: inklusive Bildung, berufliche und soziale Teilhabe, Barrierefreiheit sowie Gesundheits- und Pflegepolitik.

Hannelore Loskill hatte zuvor das inzwischen zehnjährige Bestehen des DBR gewürdigt und zugleich auf die erreichten Fortschritte zum Beispiel bei der Antidiskriminierung



Foto: philidor/fotolia

Besonderer Handlungsbedarf hinsichtlich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention besteht im Bereich inklusiver Bildung. In nahezu allen Bundesländern ist das gemeinsame Lernen behinderter und nicht behinderter Kinder immer noch die Ausnahme.

rung und im Bereich Barrierefreiheit verwiesen.

Im Fokus der von der BAG Selbsthilfe organisierten Veranstaltung „Alle inklusive – überall dabei“ stand vor allem auch die inzwischen von 143 Staaten unterzeichnete UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen. Die

der UN vorlegen. Deshalb gelte es, zügig mit der Arbeit zu beginnen, so Bauer.

In welchem Maße sich der SoVD in der Pflicht sieht, für eine bessere Teilhabe behinderter Menschen einzutreten, zeigt nicht allein das Engagement des Verbandes als Mitinitiator und Vorstandsmitglied im DBR, sondern auch die Aktivitäten des SoVD als Vorstandsmitglied im Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit, die aktive Mitarbeit in der Kultusministerkonferenz (KMK) zur inklusiven Bildung und die Teilnahme am Aktionsbündnis für berufliche Teilhabe als Mitinitiator.

Besonderen Handlungsbedarf sieht SoVD-Präsident Bauer insbesondere im Bereich inklusiver Bildung. Das SoVD-Bildungsbarometer zeige dies deutlich: In nahezu allen Bundesländern sei das gemeinsame Lernen behinderter und nicht behinderter Kinder immer noch die Ausnahme. „Das muss sich ändern“, betonte Adolf Bauer. Deutschland müsse endlich Anschluss an den europäischen Durchschnitt finden, wo die Integrationsquote deutlich über 50 Prozent liege. Auch müsse die berufliche Teilhabe vorangebracht werden, denn behinderte Menschen seien hierzulande überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Es gelte, die duale Ausbildung zu verstärken und die Pflichten der Arbeitgeber hier noch deutlicher zu forcieren, um die berufliche Teilhabe behinderter Menschen zu verbessern.

Prof. Dr. Theo Klauß (Bundesvorstand Bundesvereinigung Lebens-

Fortsetzung auf Seite 2

Blickpunkt

Eine perverse Niedriglohnvariante macht sich an deutschen Supermarktkassen breit. Helfer packen Einkaufstüten und erhalten dafür ein Trinkgeld (!) statt Lohn. Vermittler ist das Unternehmen Friendly Service. Drei bis fünf Euro je Einpacker pro Stunde kassiert Firmenchef Martin Lettenmeier von den Ladenbetreibern. Die Helfer sind hingegen selbstständig. Wie „praktisch“: Der Chef kalkuliert mit festen Einnahmen, die Null-Euro-Jobber tragen das Risiko und die Umsätze werden auf der Basis von Großzügigkeit und Mitleid der Kunden generiert. Ursprünglich zielte die von den USA abgekupferte „Geschäftsidee“ darauf ab, Hartz-IV-Empfänger von der Straße zu holen. Weil jedoch eloquente Gymnasiasten mehr Trinkgeld erhalten als Schulabbrecher und Langzeitarbeitslose, setzte der clevere Geschäftsmann lieber auf Schüler und Studenten. Bei der Schichteneinteilung in unter anderem 32 Läden der Edeka-Gruppe achtet Lettenmeier darauf, dass keine Sozialabgaben und Steuern für die Trinkgeld-Empfänger entfallen. Wer einmal fehlt, fliegt. So einfach, so skrupellos. Ein Gewinner und viele Verlierer...



Adolf Bauer
SoVD-Präsident

Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz:

Unfall-Vorsorge*

- Aufnahme bis 80 Jahre
- Keine Gesundheitsfragen
- Invaliditätsleistung bereits ab 1 %
- Lebenslange Unfall-Rente
- Sofortleistung bei Oberschenkelhalsbruch
- Krankenhaus-Tagegeld im In- u. Ausland

mit Notfall-Plus Premium

- 1.500,- Euro Sofortleistung bei Krankenhausaufenthalt ab 6 Tagen
- Umfangreiche Hilfe- und Pflegeleistungen
- Umzugs- oder Haus-Umbau-Kosten
- Mobilitätsservice mit prakt. Fahrdiensten

*Auf Basis der SoVD-Sterbegeld-Vers.

Haben Sie Interesse? Telefon: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

Organisation für Verbandsgruppenversicherungen



Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.



Foto: Schlemmer

Von links: Prof. Dr. Theo Klauß (Lebenshilfe e.V.), Moderator Dr. Martin Danner (BAG Selbsthilfe), Andreas Bethke (DBSV), SoVD-Präsident Adolf Bauer und Dinah Radtke (ISL) unterstrichen in einer Diskussionsrunde zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention den großen Handlungsbedarf in der Politik.